

Antrag 2025/B/1**Jusos RLP****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: Bundestagsfraktion, Landtagsfraktion****Das Recht auf Wohnen - Für bezahlbaren Wohnraum in Rheinland-Pfalz und bundesweit!**

1 Wohnen ist mehr als nur ein Dach über
2 dem Kopf. Es ist die Grundlage/Basis für
3 ein selbstbestimmtes Leben, für Sicherheit,
4 Würde und Gemeinschaft. Immer mehr
5 Menschen stehen unter Druck- auch in
6 Rheinland-Pfalz: Mieten steigen, Wohnun-
7 gen werden knapp und viele Familien, Stu-
8 dierende, Auszubildende und Rentner*in-
9 nen kämpfen verzweifelt um ein Zuhau-
10 se, das sie sich leisten können. Unser An-
11 liegen ist es, das Recht auf Wohnen als
12 Grundpfeiler unserer Gesellschaft zu stär-
13 ken und konkrete Maßnahmen zu fordern,
14 damit bezahlbarer Wohnraum für alle Men-
15 schen Realität wird.

16 Dieses Unrecht dürfen wir nicht länger hin-
17 nehmen. Das Recht auf Wohnen ist in un-
18 serer Gesellschaft ein Grundrecht, das je-
19 dem Menschen zusteht – unabhängig von
20 Einkommen, Herkunft oder Alters ist an der
21 Zeit, dieses Recht auch rechtlich zu veran-
22 kern und aktiv für eine gerechtere, solida-
23 rische Wohnpolitik einzutreten. Jede und
24 jeder verdient es, in einer Stadt oder Ge-
25 meinde zu leben, die bezahlbar, lebenswert
26 und gerecht ist. Wohnen darf kein Luxus
27 sein, sondern ein Grundrecht, das wir ge-
28 meinsam verteidigen. Die aktuelle Situati-
29 on in zeigt: Wenn wir nicht handeln, wer-
30 den soziale Spaltung, Verdrängung und Ar-
31 mut weiter zunehmen.

32 Daher fordern wir:

33 • Das Recht auf Wohnen als Staatsziel ver-
34 ankern: Wir fordern die Landesregierung
35 auf, das Recht auf bezahlbaren und ange-

36 messenen Wohnraum als Staatsziel zu er-
37 klären. Die Landesregierung soll eine Initia-
38 tive, dieses Staatsziel in der Landesverfas-
39 sung des Landes Rheinland-Pfalz zu veran-
40 kern, auf den Weg bringen. Darüber hinaus
41 soll die Landesregierung sich analog für die
42 Verankerung des Rechts auf Wohnen in das
43 Grundgesetz einsetzen.

44 • Ausbau des sozialen und gemeinwohl-
45 orientierten Wohnungsbaus: Wir brauchen
46 mehr bezahlbare Wohnungen, die nicht
47 dem Profit, sondern den Menschen dienen.
48 Deshalb fordern wir eine nachhaltige Förde-
49 rung von sozialem Wohnungsbau.

50 • Stärkere Mietregulierung: Die Mietpreis-
51bremse muss verschärft und konsequent
52 durchgesetzt werden. Mietendeckel, die
53 Mieterinnen und Mieter vor überhöhten
54 Mieten schützen, sind dringend notwen-
55 dig, um die soziale Spaltung zu verhindern.

56 • Flächen- und Baulandpolitik: Wir fordern
57 die Beendigung des spekulativen Handelns
58 mit Bauland und eine nachhaltige Flächen-
59 nutzungspolitik. Nur so können wir den
60 Bau neuer Wohnungen beschleunigen und
61 gleichzeitig unsere Natur und unsere Le-
62 bensqualität bewahren.

63 • Partizipation und Mieter*innenrechte
64 stärken: Menschen vor Ort müssen bei
65 Stadtentwicklung, Sanierungen und neu-
66 en Bauprojekten mitreden können. Ihre
67 Stimmen zählen – für eine lebendige,
68 solidarische Gemeinschaft.

69 Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, dass
70 wieder mehr Gerechtigkeit beim Wohnen
71 herrscht. Lasst uns dafür sorgen, dass nie-
72 mand in Armut oder Angst leben muss, nur
73 weil er oder sie ein Zuhause sucht. Gemein-
74 sam können wir eine Gesellschaft gestal-
75 ten, in der Wohnen wieder für alle bezahl-

76 bar ist – für eine Zukunft, in der niemand
77 zurückgelassen wird.